

streitet und damit logisch auch aufklärerischer Politik keine Chance mehr lässt. So weit ist es – zumindest in Deutschland – noch nicht.

Aber die These der Wandlung von Ethos zur Marktorientierung bleibt doch interessant für die Analyse der politischen Profession. Platt gesagt: Politik, die nur noch dem Meinungsmarkt gerecht werden will, verliert ihre ethische Dimension. Politik muss allemal sensibler dafür werden, wie normale Menschen den Staat und seine Repräsentanten wahrnehmen. Aber die Erdung in der Gesellschaft, die dazu nötig ist, lässt sich wahrlich nicht über den Markt der öffentlichen Aufregungen ersetzen.

Die Grundfragen, die sich stellen, sind alles andere als ethisch unbedeutend: die Einkommensverteilung nach Jahrzehnten relativen Wohlstands; der internationale Umgang mit unterschiedlicher Wirtschaftskraft; die innergesellschaftliche Integrationsproblematik in Zeiten von weltweiten Wanderungsbewegungen und wachsenden Einkommensunterschieden; die Frage nach Generationengerechtigkeit angesichts von weltweit diametral sich auseinander entwickelnden Alterspyramiden; die Unterfinanzierung der Staaten in Zeiten von Schuldenbergen und zugleich Schuldenbremsen.

All das ist nicht einmal mehr im gedanklichen Rahmen der nationalen Demokratien in den Griff zu bekommen. Die Zeit der nationalen Wege ist vorbei. Politischer Realismus erfordert neben Kompetenz im Tageswerk jetzt den Blick auf die größeren Horizonte: wirtschafts- und finanzpolitisch auf Europa als Werte- und Solidargemeinschaft; demografisch auf das Altern als aktive Lebensphase statt nur als Problem; klimapolitisch auf eine internationale Technologiepolitik, die nicht nur in den hochentwickelten Metropolen ansetzt; demokratiepolitisch nicht zuletzt auf die Verteidigung der Ernsthaftigkeit des Politischen – gegen den Siegeszug des Eventdenkens.

Was sind heute schon noch Erfolgsrezepte? Wer etwas voranbringen will, geht immer das Risiko der Niederlage ein. In Zeiten des Politikbashing wird so manche Wahl auch ohne Selbstversagen mit brutaler Konsequenz verloren, wenn man nur vorher regiert hat und so als Blitzableiter taugt. Aber die Antwort auf die Mär von der angeblich nur selbstsüchtigen, wirkungslosen Politik kann nur sein, von der Kommune bis hinauf nach Europa zu zeigen, um wie viel es tatsächlich geht. Die Parteien müssen sich nicht neu erfinden. Sie sollten sich selbst wieder ernster nehmen. ■

Klaus Harpprecht

Europas tiefere Krise – der Fall Ungarn

Ungarns Regierung düpiert die europäischen Partner mit einem totalitären Rollback. Die EU muss hier konsequent reagieren.

Joelle Stolz, die Wiener Korrespondentin von *Le Monde*, berichtete vor wenigen Wochen, sie habe bei einem Besuch im Arbeitszimmer des ungarischen Außenministers an der Wand eine Karte des magyarischen Königreichs vor dem Friedensvertrag von Trianon im Jahre 1920 bestaunen dürfen. Ihren Schock deutete die



Klaus Harpprecht

(* 1927) ist Mit-Herausgeber der *Neuen Gesellschaft/Frankfurter Hefte*, war u.a. Berater von Willy Brandt. Bei *S. Fischer* erschien zuletzt: *Arletty und ihr deutscher Offizier*. 2011 erhielt er nach 1966 zum zweiten Mal den Theodor-Wolff-Preis, nun für sein Lebenswerk.

Kollegin nur diskret an. Die Aufregung der französischen Leserschaft schien nicht allzu heftig zu sein. Nicht auszudenken freilich, wie lärmend der Aufruhr wäre, würde Guido Westerwelle auf den Einfall kommen, in seiner Regierungssuite eine Karte des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1914 prangen zu lassen. Schon eine Karte von 1937 würde einem Aufschrei (nicht nur in Warschau, sondern – hoffen wir es – auch bei den Vernunftparteien in Berlin) begegnen. Oder wenn man in den Prachtgelassen von Wladimir Putin eine Karte des Zarenreiches vor dem Ersten Weltkrieg anträte: Man zöge seine Schlüsse; freundlich wären sie nicht.

Der Friedensvertrag, der Ungarn nach der Auflösung des Habsburger Reiches diktiert wurde, übertraf in seiner brutalen Härte und Unvernunft den von Versailles. Das Territorium des Königreiches wurde auf ein gutes Viertel reduziert, die Bevölkerung des Staatsgebietes schrumpfte von mehr als 20 auf 7,5 Millionen. Etwa 1,7 Millionen Magyaren gerieten unter rumänische, eine Million unter tschechoslowakische, eine halbe Million unter jugoslawische Herrschaft. Der Pariser Vertrag vom Februar 1947 bestätigte – gleichsam als Strafe für Ungarns Allianz mit dem Nazi-Reich und für die kriminelle Herrschaft der faschistischen »Pfeilkreuzler«-Bewegung – im Wesentlichen die Grenzen von Trianon.

So bitter diese Realität auch gewesen sein mag: Ungarn wäre – im Frühjahr 2004 – niemals die Mitgliedschaft in der Europäischen Union gewährt worden, hätten die Gründerstaaten und die Kommission in Brüssel gehnt, dass nur sieben Jahre später unter dem Regiment der Fidesz-Partei des Premierministers Viktor Orbán, die im Parlament von Budapest eine Zweidrittelmehrheit erobert hat, revisionistische Spekulationen in den Regierungsstufen herumgeistern dürfen. Die nationalistische Majorität entschied, dass jedermann und jedefrau, die das Magyarische als ihre Muttersprache angeben, das Recht auf ei-

nen ungarischen Pass zugesprochen bekommen. Sie dürfen auch, gleichviel ob sie in Rumänien, in der Slowakei oder in einem der Nachfolgestaaten des einstigen Jugoslawien zu Hause sind, an ungarischen Nationalwahlen teilnehmen. Damit werden doppelte Loyalitäten geschaffen, die eine gefährliche Sprengkraft gewinnen können, siehe den Sprachkonflikt in der Slowakei, der aufs Fatalste an die Volkstumskämpfe zwischen den beiden Weltkriegen erinnert. Verkrampfter Pseudopatriotismus mag über Nacht in blinden Hass gegen den Nachbarn umschlagen. Dann ist es zu Feme-Morden in der Regel nicht weit. Die offene Diffamierung der Roma-Bevölkerung (die sich allerdings nicht auf Ungarn beschränkt) und die wachsenden antisemitischen Ressentiments akzentuieren (wie üblich) die nationalistische Renaissance.

Westeuropa hatte nach 1945 die Zeit, die es brauchte, um sich immer von Neuem (nicht nur in der Bundesrepublik) der kritischen Prüfung seiner totalitär-kriminellen Vergangenheit zu stellen, die überkommenen Nationalismen zu zähmen, auf sogenannte souveräne Rechte der Nationalstaaten zu verzichten, vielmehr: sie bei der Europäischen Union zu bündeln. Trotz aller Krisen, Stagnationen und Rückschläge: Europa gewann seine Form; bisher noch immer ein Zwitterwesen zwischen Staatenbund und Bundesstaat. Mehr noch: Es wurde der »Normalzustand« – so sehr, dass sich die Bürger – angefeuert von ihren nationalen Abgeordneten und Ministern – rasch angewöhnten, ihren chronischen Unwillen auf »die da oben«, über die »Eurokraten« in Brüssel auszuschütten.

Nach der Befreiung Osteuropas vom Joch des sowjetischen Imperiums erwies sich freilich, dass man in der kommunistischen Welt in der Regel auf eine wahrhaftige Konfrontation mit der nationalistischen und faschistischen Epoche des 20. Jahrhunderts verzichtet hatte. Man klebte das Etikett »Antifaschismus« an die Tür –

und damit hatte es sich. Kein Prozess der »Umerziehung«, der den wachern Geistern vielleicht gefährliche Vergleiche nahegelegt hätte. Es blieb nur die Anpassung an die andere Form der totalitären Herrschaft. Man hätte sich, nach der Implosion des Kommunismus und des großrussischen Regimes, mit der Vorbereitung auf die EU in diesen und jenen Staaten vermutlich mehr Zeit lassen sollen. Umso wichtiger, dass die Brüsseler Kommission und die Gründerstaaten mit strenger Autorität auf jede nationalistische und rassistische Regung achten und mit ruhiger Klarheit auf mögliche Konsequenzen hinweisen, die schmerzhaft sein müssen. Wenn sich die nächste Notwendigkeit ergibt, den Grundvertrag von Lissabon zu revidieren, sollte die Möglichkeit eines Ausschlusses von Staaten, die de facto gegen die europäischen Werte und damit europafeindlich regiert werden, nicht länger tabu sein – die Zustimmung einer Zweidrittelmehrheit im Europäischen Rat und der absoluten Mehrheit im Parlament vorausgesetzt.

Missachtung demokratischer Werte nicht dulden

Die Kommission schloss, was Ungarn angeht, allzu lang die Augen. Der Außenminister Luxemburgs bemerkte in einem *Spiegel*-Gespräch, die deutsche Kanzlerin und der Präsident Frankreichs hätten bisher ihre »schützende Hand« über Orban gehalten. Ihre Gründe? Die Position der Fidesz-Partei im Lager der konservativen Fraktion des Europäischen Parlaments? Oder erinnerten sie sich – wie Daniel Cohn-Bendit, einer der klügsten Beobachter der Epoche – an Orban, den jungen, kühnen Dissidenten der stürmischen Wende-Jahre, den »Danny le rouge« an die Seite Sacharows, Mishniks, Geremeks und Havel stellte? Ein Opfer des eigenen Machtrausches? Erst die massive Bedrohung der Grundrechte durch die Änderung

der Verfassung – ein Pressegesetz, das in Wahrheit ein Maulkorb für die freie Meinung ist, die Minderung der Unabhängigkeit der Zentralbank, die Änderung des Pensionsalters für die Richter, die damit einer Säuberung und Gleichschaltung unterzogen werden – rief Brüssel endlich auf den Plan. Der Staatsbankrott, der ohne die Subsidien der EU und des Internationalen Währungsfonds nicht aufzuhalten wäre, zwang Orban zu einigen Revisionen. Die sozialdemokratische und die grünen Fraktionen im Europäischen Parlament schlossen Sanktionen nach Artikel 7 des Grundvertrages nicht länger aus: den Entzug des Stimmrechtes für einen Mitgliedsstaat, der die demokratischen Werte nicht länger respektiert.

Der beschlossene Eintritt Kroatiens im Jahre 2014, dem irgendwann auch Serbien folgen wird, legt es nahe, die ungarische Regierung nicht mit faulen Kompromissen davonkommen zu lassen. Auf dem Balkan sind die nationalistischen Ressentiments noch längst nicht verglüht – Sarajewo und der Kosovo-Konflikt lieferten die schrecklichen Beweise. Brüssel aber darf es nicht dulden, dass die rassistischen und nationalistischen Viren, die Europa zweimal in die Katastrophe getrieben haben, von Neuem in den Kellern der balkanischen und der südosteuropäischen Ressentiments herangezüchtet werden. Polen, dem bei Weitem erfolgreichsten Unionsland in Osteuropa, fällt hier – zusammen mit Frankreich und Deutschland – eine besondere Verantwortung zu.

Es ist beunruhigend, dass sich angesichts des ungarischen Desasters nicht eine breite europäische Protestbewegung formiert hat, mobilisiert von der intellektuellen Avantgarde, die in der Regel nicht zögert, sich selbst ein moralisches Wächteramt zuzuschreiben. Relativierung und Missachtung der demokratischen Werte in Ungarn (und nicht nur dort): Sie sind die eigentliche Krise der EU – gefährlicher als die schwelende Krise des Euro. ■